



Mobilfunk

Weigert: "Schwung mitnehmen und den Mobilfunk weiter entschlossen vorantreiben"

14. Juli 2022

MÜNCHEN Junge Menschen verbinden große Hoffnungen mit dem neuen 5G-Mobilfunkstandard und fordern einen schnelleren Mobilfunkausbau in Bayern. Dies sind Erkenntnisse aus dem heute veröffentlichten 5G Kompass Bayern – einer repräsentativen Umfrage von „Bayern spricht über 5G“, der Informationskampagne des Bayerischen Wirtschaftsministeriums zum Mobilfunkausbau. Die bayerische Bevölkerung allgemein sieht im Ausbau der Handynetze große Chancen vor allem für den Bildungssektor und die medizinische Versorgung im Notfall. Eine Mehrheit der Bayerinnen und Bayern – speziell in den jüngeren Altersgruppen – bemängelt jedoch eine schlechte oder gar keine Netzverbindung auf dem Land.

Für Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert ergibt sich daraus ein klarer Auftrag an die Mobilfunkwirtschaft: „Menschen und Unternehmen wollen überall surfen, chatten und streamen. In ganz Bayern muss eine leistungsfähige Mobilfunkversorgung gewährleistet sein. Und das bedeutet heute möglichst 5G in allen Teilen Bayerns – im Frankenwald ebenso wie in den Tälern des Allgäus. Der Ruf nach erstklassigem mobilem Internet an jedem Ort in Bayern wird immer lauter.“

Zentrale Ergebnisse des 5G Kompass Bayern:

- Knapp zwei Drittel der Befragten (65 Prozent) glauben, dass die voranschreitende Digitalisierung durch das 5G-Mobilfunknetz ihren Alltag vereinfachen wird.
- Beinahe alle Menschen (91 Prozent) in der jüngsten Bevölkerungsgruppe bis 29 Jahren teilen diese positive Erwartung an das 5G-Netz.
- Diese Überzeugung schwankt zwischen den Regierungsbezirken – von zurückhaltenden 52 Prozent in der Oberpfalz bis zuversichtlichen 74 Prozent in Unterfranken.
- Die bayerische Bevölkerung verbindet mit dem 5G-Netz die Chance auf eine bessere Notfallversorgung und mehr Telemedizin. 63 Prozent halten diese

Verbesserung für wichtig oder sehr wichtig.

- Ein-Personen-Haushalte und die 30- bis 39-Jährigen sehen dieses Potenzial: 68 Prozent der Alleinlebenden bzw. 75 Prozent der Jüngeren halten die bessere gesundheitliche Versorgung dank 5G-Mobilfunk für wichtig oder sehr wichtig.
- Zwischen den Regierungsbezirken fallen die Ergebnisse unterschiedlich aus: Während nur 57 Prozent der Oberfranken bessere Notfallversorgung und mehr Telemedizin durch 5G als wichtig oder sehr wichtig einschätzen, sind es bei den Oberpfälzern 72 Prozent.
- 58 Prozent der Menschen in Bayern denken, dass der Bildungsbereich von einem flächendeckenden 5G-Mobilfunkausbau besonders profitiert. Auch hier sind die Jüngsten besonders optimistisch: 73 Prozent der Altersgruppe bis 29 Jahre erwarten Verbesserungen beim mobilen Lernen.
- 43 Prozent aller Befragten rechnen mit Verbesserungen im Gesundheitssektor durch den 5G-Ausbau.
- Lediglich 4 Prozent sind skeptisch und erwarten in keinem gesellschaftlichen Bereich Verbesserungen, auch nicht für Wirtschaft, Verwaltung, Verkehr und Klimaschutz.

„Die Umfrage zeigt, dass der Freistaat zuversichtlich in die digitale Zukunft blickt“, sagt Staatssekretär Weigert. „Wir wollen diesen Schwung mitnehmen und den Netzausbau weiter entschlossen vorantreiben. Es braucht weitere Mobilfunkmasten – ein weiterer Kraftakt ist nötig, um die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns zu sichern.“

Denn trotz aller Zuversicht ist ein großer Teil der Menschen nicht zufrieden mit den Handynetzen:

- Funklöcher bleiben ein großes Sorgenthema. 65 Prozent beklagen schlechte bis gar keine Netzverbindung auf dem Land. Bei den 30- bis 39-Jährigen nennen dies sogar 84 Prozent als Problem.
- Auch in dieser Frage gibt es Unterschiede zwischen den Regionen: Während nur 56 Prozent der Unterfranken die Verbindungen auf dem Land bemängeln, sind es 75 Prozent im Regierungsbezirk Schwaben.

Für die bevölkerungsrepräsentative Umfrage hat Kantar Public mehr als 1.000 Personen in Bayern ab 14 Jahren befragt. Die Ergebnisse wurden heute beim 5G Werkstattgespräch von „Bayern spricht über 5G“ in München präsentiert. Dort zeigen Unternehmen und Forschungsinstitute aus Bayern ihre innovativen Anwendungen rund um 5G-Mobilfunk.

„Mit unserer Kampagne ‚Bayern spricht über 5G‘ bieten wir wissenschaftlich fundierte Informationen und Fakten. Wir zeigen die Chancen des modernen Mobilfunks auf und wollen den wenigen Skeptikern die Sorgen nehmen“, erläutert Staatssekretär Weigert. „5G wird gesundheitlich als unbedenklich eingestuft – das zeigen wissenschaftliche Studien und Messungen der Behörden. Wer dagegen im

Notfall kein schnelles Netz hat, hat ein Problem.“ Das zeigt zum Beispiel ein Projekt der Hochschule Amberg-Weiden und des Bayerischen Roten Kreuzes: Die Partner testen den [Einsatz von 5G im Rettungswagen](#).

Hintergrund: 0,91 Prozent der bayerischen Landesfläche liegen noch in einem absoluten Funkloch. Dieser Anteil liegt höher als der deutschlandweite Schnitt. Das geht aus [Angaben der Bundesnetzagentur](#) hervor, die auf Daten der Mobilfunkbetreiber beruhen. Auch der Anteil weißer Flecken (5,75 Prozent) und grauer Flecken (25,39 Prozent) ist in Bayern noch höher als im Bundesschnitt. In weißen Flecken gibt es kein 4G- oder 5G-Netz, sondern nur das langsame 2G. In grauen Flecken bietet mindestens ein Mobilfunkbetreiber 4G oder 5G, jedoch nicht alle Betreiber – in einem Viertel von Bayern haben also Kundinnen und Kunden einzelner Anbieter keine Chance auf schnelles mobiles Internet.

Bayern hat sich beim Bund erfolgreich für strenge Versorgungsauflagen eingesetzt. Als erstes Bundesland hat Bayern den kommunalen Bau von Funkmasten finanziell unterstützt. Das Programm war eine europaweite Premiere. Knapp 90 Kommunen haben einen Förderbescheid erhalten und können Projekte umsetzen. In fast 490 Gemeinden wird es einen eigenwirtschaftlichen Ausbau durch Deutsche Telekom, Vodafone oder Telefonica geben. Weigert: "Unsere Initiative war ein Wecksignal für die drei Netzbetreiber und hat zu einer spürbaren Ausbauaktivität geführt. Wenn die Bundesnetzagentur noch die nächste Frequenzvergabe besser als bisher organisiert, stehen Bayern und Deutschland vor eine guten Mobilfunkzukunft."

Ansprechpartnerin:
Katrin Nikolaus,
stellv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 347/22